

INTERVIEW

"Sri Lanka steuert auf ein Disaster zu" Interview mit Sirimavo Bandaranaike

Während einer zweitägigen Parlamentsdebatte, bei der es vor allem um den Abzug der indischen Truppen aus Sri Lanka und die angespannte Lage im Land ging, warf die Präsidentin der 'Sri Lanka Freedom Party' und Oppositionsführerin, Frau Sirimavo Bandaranaike, der Regierung vor, sie habe durch ihre Außenpolitik Indien die Möglichkeit gegeben, sich aktiv in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen. Frau Bandaranaike, zwischen 1960 und 1965 sowie 1970 und 1977 Premierministerin des Inselstaates, betonte besonders die "exzellenten" Beziehungen zur indischen Regierung während ihrer Amtszeit.

Frau Bandaranaike, die das Land auf eine Katastrophe zusteuern sieht, ging in ihrer Rede in erster Linie auf die Menschenrechtsverletzungen ein, die von Regierungsseite begangen werden. Dies habe schlimme Folgen für die Jugend Sri Lankas. "Sie alle wollen nur Ruhe und Frieden in unserem Land, doch angesichts der beispiellosen Welle der Gewalt scheint das im Moment aussichtslos zu sein", betonte sie. Kaum ein Tag vergehe, an dem nicht über Dutzende, zum Teil sogar Hunderte brutaler Morde berichtet werde. "Unschuldige Menschen werden aus ihren Häusern gezerrt und brutal ermordet... Die Mörder können nur selten identifiziert werden. Meistens entkommen sie unerkannt. Die Opfer werden oft in der Nacht von uniformierten und maskierten Männern aus ihren Häusern geholt, so daß man sie nicht erkennen kann. Einige sagen, es seien 'Green Tigers', 'Black Cats', 'Yellow Cats', 'PRRA'-Terroristen oder andere subversive Gruppen... Die Jugendlichen schlafen mittlerweile kaum mehr zuhause. Sie verstecken sich im Dschungel, weil sie Angst haben, von diesen Gruppen verschleppt zu werden ... Wie lange wollen Sie noch tatenlos zusehen, wie die Jugend unseres Landes auf diese Art und Weise ausgemerzt wird", fragte sie an die Adresse der Regierung gerichtet. "Die Jugend ist unsere Zukunft. Warum sehen diese jungen Menschen ihren letzten Ausweg in der Anwendung von Gewalt? Ich kann es Ihnen sagen: Weil ihnen keine Chance auf Bildung geboten wird. Die Schulen und Universitäten sind geschlossen. Sie haben keine Hoffnung, jemals eine Beschäftigung zu finden. Sie sehen sich in unserer Gesellschaft, in der nur einige wenige Privilegien genießen, von Ungerechtigkeit und Korruption umgeben". Frau Bandaranaike betonte weiter, auch heute erhielten nur UNP-Mitglieder eine Anstellung. Dies treibe die Jugend in die Arme der 'Janatha Vimukthi Peramuna' (JVP). "Über 12 Jahre hinweg hat man ihnen das Recht vorenthalten, ihre Regierung frei

zu wählen. Als man dann glaubte, soweit zu sein, waren die Wahlen alles andere als frei und unabhängig. Diese Faktoren haben zu einer Frustration der Jugend geführt, die sie letztlich dazu getrieben hat, zu den Waffen zu greifen. Die daraus resultierende Gewalt kann aber vom Staat nicht mit Gegengewalt und Morden beantwortet werden. Das führt zu keiner Lösung."

Weiter ging Frau Bandaranaike in ihrer Rede noch ausführlich auf die Chancen der Rehabilitation bereits festgenommener Jugendlicher und deren Wiedereingliederung in eine demokratisch orientierte Gesellschaft ein. Diesen Punkt erläutert sie unter anderem auch in dem nachfolgenden Interview, das in der indischen Tageszeitung 'Indian Express' am 19. August erschien. Sie nimmt darin auch Stellung zum umstrittenen 'Friedensvertrag' zwischen Indien und Sri Lanka und vergleicht die derzeitigen Unruhen mit dem Jugendaufstand des Jahres 1971. Nachfolgend Auszüge aus dem Interview:

Wie stehen Sie zum indisch-srilankanischen Friedensvertrag und der Präsenz der indischen Friedenstruppen (IPKF) auf Sri Lanka? Angenommen, Sie kämen wieder an die Macht. Würden sie den Vertrag dann völlig außer Kraft setzen oder darauf drängen, über einige Vertragspunkte neu zu verhandeln?

Unsere Position zu dem Vertrag ist seit langem bekannt. Wir sind für eine völlige Annullierung des Vertrages, doch da es sich dabei um ein internationales Abkommen handelt, ist ein derartiger Schritt unmöglich. Wir würden uns allerdings für Verhandlungen einsetzen, um Lösungen zu finden, die für alle akzeptabel sind, die die Rechte und Interessen aller gesellschaftlichen Gruppen, die der extremen wie die der moderaten, berücksichtigen. Gegenwärtig sieht es so aus, daß sowohl die Rechte der Bevölkerungsmehrheit als auch die der Minderheit beeinträchtigt sind. Sogar die dominierende militante Gruppe auf tamilischer Seite, die 'Liberation Tigers of Tamil Eelam' (LTTE), hat den Vertrag nicht akzeptiert. Wir plädieren ebenfalls für eine Dezentralisierung der politischen Macht, doch nicht in dem Maße, wie es zur Zeit zwischen den Provinzregierungen und den Parlamentsmitgliedern zu beobachten ist, zwischen denen es permanente Kompetenzstreitigkeiten gibt. Resultat dieser Entwicklung ist, das nichts mehr funktioniert.

Was die IPKF angeht, so habe ich nie einen Abzug der

indischen Truppen innerhalb von 24 Stunden verlangt. In diesem Punkt bin ich realistischer als die gegenwärtige Regierung. Der Abzug kann nur durch Verhandlungen herbeigeführt werden.

Stimmen Sie der Einschätzung zu, der JVP-Terrorismus im Süden der Insel sei durch den Friedensvertrag und die Präsenz der indischen Truppen begünstigt worden?
Das ist nur einer der Gründe. Die Frustration über mangelnde Beschäftigungsmöglichkeiten, Vetternwirtschaft bei der Vergabe von Studienplätzen und die generelle Ignoranz der Regierung sind die Hauptursachen. Ein weiterer wichtiger Faktor ist die Verschiebung der Wahlen von 1983 durch ein manipuliertes Referendum. Die Menschen wurden über 12 Jahre hinweg der Möglichkeit beraubt, eine Regierung ihrer Wahl zu bestimmen. Der Süden ist für seine Militanz bekannt, und die Schließung der Universitäten und Schulen hat die öffentliche Unzufriedenheit nur noch gesteigert. Ich glaube, daß die Unruhen und Ausschreitungen nur von einer kleinen Gruppe ausgegangen sind, daß die große Masse der mittlerweile Beteiligten im Grunde nur Mitläufer sind.

Während Sie gegenwärtig die Regierung beschuldigen, für die Ermordung Tausender Jugendlicher verantwortlich zu sein, kommt von deren Seite im Gegenzug der Vorwurf, Sie hätten sich während der Aufstände im Jahre 1971 des gleichen Vergehens schuldig gemacht. Wie stehen Sie dazu?

Die heutige Situation ist mit der des Jahres 1971 nicht zu vergleichen. Bei dem Aufstand von 1971 handelte es sich um eine konkrete Rebellion gegen die Regierung. Es war eine kriegsähnliche Situation, in der Jugendliche damals getötet wurden. In einer derartigen Situation kommt es automatisch zu solchen Ausschreitungen. Damit muß man sich eben abfinden. Aber es hat damals keine paramilitärischen Einheiten gegeben, die in die Häuser eindringen und deren Bewohner töteten. Wir haben Leute festgenommen und etwa 12.000 Jugendliche wurden uns ausgeliefert. Wir steckten sie zuerst in Lager und sonderten den harten militanten Kern von den Sympathisanten, die in Umerzweckungslagern zusammengeführt wurden, ab. In den Lagern kümmerte man sich intensiv um die Jugendlichen. Denen, die zum Beispiel studieren oder einen Beruf erlernen wollten, wurde die Möglichkeit dazu gegeben. Das Projekt war letztendlich sehr erfolgreich. Die meisten, die später aus den Lagern entlassen wurden, sind mittlerweile zu erfolgreichen Mitgliedern unserer Gesellschaft geworden. Einer ist sogar bis zum SLFP-Parlamentsabgeordneten aufgestiegen.

Glauben Sie, daß eine Einstellung der militärischen Aktionen gegen die 'Janatha Vimukti Peramuna' auch für diese extremistische Gruppe ein Klima schaffen könnte, in dem sie sich an einer Diskussion über eine politische Lösung des Konfliktes beteiligen würde?
Sollte es zu einer Einstellung der Feindseeligkeiten kommen, so müßte dies ein beidseitiger Schritt sein.

Es ist zwecklos, wenn sich nur eine der Konfliktparteien zu einem derartigen Entschluß durchringt. Am wichtigsten ist in diesem Zusammenhang, daß sich die JVP dazu verpflichtet, an einer politischen Lösung der Probleme mitzuarbeiten.

Der Ruf nach einer 'Nationalen Regierung' wird allenthalben laut. Stimmen sie denen zu, die darin eine Lösungsmöglichkeit der aktuellen Probleme des Landes sehen?

Der Außenminister hat diese Idee bereits verworfen. Man sagt, er habe sich dahingehend geäußert, daß die UNP nicht an einer derartigen Regierung interessiert sei.

Glauben Sie, daß die Auflösung des Parlaments und die Einsetzung einer Übergangsregierung unter Beteiligung aller politischen Kräfte des Landes, bis zur Abhaltung freier und unabhängiger Wahlen - so wie es die JVP fordert - einen Ausweg aus der gegenwärtigen Misere darstellen könnte?

Meiner Ansicht nach sollte eine derartige Regierung nicht von Präsident Premadasa geleitet werden. Ich könnte mir ein aus Ministern bestehendes Gremium vorstellen, dessen Sitzungen von einer Person geleitet werden, deren Befugnisse aber auf den Vorsitz beschränkt bleiben sollten.

Viele Menschen in unserem Land erinnern sich heutzutage an die Ereignisse des Jahre 1971, als es Ihnen gelang, den damaligen Aufstand schnell und nachhaltig zu unterdrücken. Warum kann man den heutigen Gewalttätigkeiten nicht in gleicher Weise begegnen, wie zum damaligen Zeitpunkt?

Damals stand eine breite Bevölkerungsmehrheit hinter der Regierung, heute ist das aber nicht der Fall. Während die Polizeieinheiten ihren Streifendienst versahen, bewachten die Leute die Polizeistationen und Gewerkschaftsmitglieder sorgten auf den Straßen für Ruhe und Ordnung. Demgegenüber gibt es heute eine ganze Reihe paramilitärischer Einheiten, die sich eigenmächtig über die geltenden Gesetze hinwegsetzen. Diese illegalen Organisationen müßten entwapnet werden und den regulären Streitkräften sollte, ohne politische Einflußnahme, freie Hand gegeben werden.

Sie haben die Rechtmäßigkeit der Wahl von Präsident Premadasa angezweifelt. Angeblich sollen Sie nach der Bekanntgabe der Wahlergebnisse der Präsidentschaftswahlen gesagt haben, daß Sie durch Wahlbetrug um die Präsidentschaft betrogen worden seien. Zudem gibt es Stimmen, die behaupten, daß die JVP sie aus dem Rennen um die Präsidentschaft haben wollte, da es einfacher sei eine unpopuläre Regierung zu kippen, als eine unter Ihrer Führung.

Natürlich wurde ich um die Präsidentschaft betrogen. Jeder war sich sicher, daß ich gewinnen würde. In diesem Zusammenhang habe auch ich erfahren, daß die JVP mich, aus den von Ihnen genannten Gründen, aus dem Rennen um die Präsidentschaft haben wollte.